

Der Wohlfahrtsstaat in der Postwachstumsgesellschaft

Michael Opielka

Nach wie vor erscheint bemerkenswert, dass die Diskurse zu ökologischer Transformation und Nachhaltigkeit den Wohlfahrtsstaat als die neben der kapitalistisch verfassten Marktwirtschaft zentrale Regulierungsform moderner Gesellschaften fast durchweg meiden.¹ Für den Autor dieses Beitrages ist das auch ein herber Dämpfer, immerhin hat er sich seit den 1980er Jahren unter Signaturen wie „ökosoziale Frage“, „sozialökologische Politik“ und heute „Soziale Nachhaltigkeit“ genau dieser Relation gewidmet.² Zugleich stimulieren Widerstände das Nachdenken, und so sollen im Folgenden einige Überlegungen präsentiert werden, die mit der Frage beginnen, ob möglicherweise der konzeptionelle, epistemische Rahmen des zeitgenössischen Nachhaltigkeitsdiskurses ganz systematisch eine ernsthafte Beschäftigung mit Sozialpolitik verhindert hat.

Mit der Unterscheidung von vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit – eng, internal, skeptisch und weit – und von vier Themendimensionen – faktisch, politisch, organisatorisch und epistemisch – wird das Begriffsfeld erschlossen, und es wird deutlich, warum der Ausschluss der

¹ Ein aktuelles und exemplarisches Beispiel für die Nichtbeachtung wohlfahrtsstaatlicher Realität ist eine Studie des Öko-Instituts mit dem anspruchsvollen Titel „Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können“ im Rahmen des UFOPLAN des Umweltbundesamtes (Grießhammer/Brohmann 2015).

² Opielka 1985, Opielka/Ostner 1987, Opielka 1990. 1987 gründete er unter Mitwirkung u.a. von André Gorz das „Institut für Sozialökologie“ (www.iso.org).

Sozialpolitik aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs und den Überlegungen zu einer Postwachstumsgesellschaft falsch ist.³ In einem zweiten Schritt werden dann weitere, auch ökonomische Problemstellungen eingeführt, um zumindest einige Konturen des titelgebenden Ziels zu markieren: Wie könnte ein Wohlfahrtsstaat in einer Postwachstumsgesellschaft aussehen? Ist diese womöglich nur zu erreichen, wenn auch der Wohlfahrtsstaat ökologisiert, nachhaltig wird? Prognosen über die Zukunft abzugeben, eine Erforschung der Zukunft ist für die Sozialwissenschaften eine Herausforderung, der sie sich normativ gerne stellen; empirisch sieht es hier bislang mager aus. Wir wollen gleichwohl die folgenden Überlegungen mit einer Haltung angehen, die der Politikpsychologe Philip Tetlock mit dem Begriff „Superforecasting“ (Tetlock 2016) versah: Scheinbar unlösbare Probleme auf lösbarere Unterprobleme herunterzubrechen und uns nie zu sicher zu sein.

Klimawandel und Kapitalismus als antagonistische Megatrends

Klimawandel und Kapitalismus sind ubiquitäre, globale Phänomene, Zukunftsforscher rechnen sie seit langem zu den dominanten „Megatrends“⁴. Doch *sie unterscheiden sich* in zweierlei Hinsicht markant:

³ Die Überlegungen im ersten Teil dieses Aufsatzes (Abschnitt 1 bis 3) basieren im Wesentlichen auf Opielka 2016; ausführlich Opielka 2017.

⁴ Der Begriff „Megatrend“ wird gern auf seinen Erstverwender (1982) John Naisbitt zurückgeführt, eher ein Trendbeobachter als ein Zukunftsforscher, der sich mehr als Objekt für Diskursanalysen eignet, wie schon damals klar gesehen wurde (z.B. Linstone 1983). Richard Slaughter erkannte in der Zeitschrift „Futures“ insbesondere in Naisbitts 1990 erschienenem Buch „Megatrends 2000“ ein theoriefreies „pamphlet for free-market ideology“ (Slaughter 1993: 829). Dass sich eine auf Naisbitt berufende Begriffsverwendung von „Megatrends“ in sozialwissenschaftlich und epistemisch weiches Gelände begibt, zeigt eines seiner (neben neuerer China-Literatur) letzten Bücher: „Megatrends: Frauen“ (Aburdene/Naisbitt 1993). Nur selten ist in der Zukunftsforschungsliteratur explizit von „Kapitalismus“ die Rede, bisweilen und vage von „Negatrends“ (Slaughter 1993, S. 847). In der exzellenten zeithistorischen Rekonstruktion der Entwicklung der Zukunftsforschung seit 1945 durch Elke Seefried (2015) kommt Naisbitt nicht vor. Wenn die heute übliche Definition von Megatrends zugrunde gelegt wird – ein grundlegender und alle Lebensbereiche umfassender Wandel mit einer temporalen Persistenz von mindestens 20-25 Jahren (Kreibich 2008, S. 13f.) – dann lässt sich die kapitalistische Formation spätestens seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und in

vordergründig *historisch*, der Klimawandel tritt seit den 1970er Jahren auf die politische Agenda⁵, der Kapitalismus seit den 1840er Jahren⁶. Die ökologische Frage als Gattungsfrage beschäftigt die Menschheit nun bald 50 Jahre, die soziale Frage als Klassenfrage seit gut 170 Jahren. Was sehr lange währt, deutet auf Stabilität, Akteursrelevanz, Institutionalisierung. Vielen erscheint die ökologische Frage noch immer herbeigeredet, der Klimawandel eine Konstruktion. Gleichermaßen hielten und halten auch viele die soziale Frage für längst gelöst, den Kapitalismus für siegreich. Die meisten sehen in beiden Fragen hohe Relevanz, ahnen auch einen Zusammenhang, doch klar ist er nicht, „Grüne“ und „Rote“ sind keineswegs immer oder auch nur häufig einig, Wachstum den einen bedrohlich, den anderen heilig. Das hat mit dem zweiten Unterschied zu tun, sie unterscheiden sich auch *analytisch*. Dieser Unterschied ist gravierend.

Das seit den 1990er Jahren zirkulierende, sogenannte Dreieck der Nachhaltigkeit, die Unterscheidung von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, die je nach Stakeholderinteresse als sich verstärkende oder sich gegenseitig bremsende „drei Säulen“ konzipiert werden, wirkt auf den ersten Blick überzeugend. So beschreibt 1998 die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ erstmals Nachhaltigkeit als die Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz (Deutscher Bundestag 1998). Diese „drei Säulen“ der Nachhaltigkeit stehen, so heißt es seitdem häufig und zugleich kontrovers,⁷ miteinander in Wechselwirkung und bedürften langfristig einer ausgewogenen Koordination.

dessen ehemaligen Einflussgebiet durchaus als Megatrend ausmachen. Eine soziologisch informierte Verwendungsanalyse des Begriffs „Megatrend“ steht noch aus, wie generell Zeitdiagnostik in der Soziologie als ambivalentes, journalismus-affines Geschäft gilt (Volkman 2015).

⁵ „United Nations Conference on the Human Environment“, Stockholm 1972; Joachim Radkau spricht von der „ökologischen Revolution“ um 1970 (Radkau 2011, S. 124ff.).

⁶ Karl Marx und Friedrich Engels, Kommunistisches Manifest, 1848.

⁷ Grunwald/Kopfmüller 2012; Felix Ekardt hält die Unterscheidung für unmaßgeblich und definiert Nachhaltigkeit ausschließlich gerechtigkeits-theoretisch: „Nachhaltigkeit handelt von der integrierten Bewältigung intertemporal-globaler Problemlagen“ (Ekardt 2011, S. 44).

Das Dreisäulen- oder Dreiecksmodell der Nachhaltigkeit hat eine bislang nicht beachtete Parallele mit dem in der Nachhaltigkeitsdebatte ebenfalls präsenten Modell der drei Prozesse „Effizienz – Konsistenz – Suffizienz“, das teils auf unternehmerische Nachhaltigkeitsstrategien bezogen wird (Schaltegger u.a. 2003, S. 25), sinnvollerweise aber für alle stoffbezogenen Nachhaltigkeitsstrategien gelten kann.⁸ Joseph Huber hatte schon in den 1990er Jahren „Konsistenz vor Effizienz vor Suffizienz“ und eine „Gesamtstrategie der abgestuften Präferenzen“ gefordert. Sie müsse „zuerst und vor allem versuchen, die ökologische Angepasstheit der Stoffströme durch veränderte Stoffstromqualitäten zu verbessern (Konsistenz), um dann, auch aus ökonomischen Gründen, die Ressourcenproduktivität dieser Stoffströme optimal zu steigern (Effizienz), und wo beide Arten von Änderungen in ihrem Zusammenwirken an Grenzen geraten, da müssen wir uns eben zufrieden geben (Suffizienz)“ (Huber 1995, S. 157). Die Parallele zwischen Dreisäulen- und Dreiprozessenmodell der Nachhaltigkeit könnte die Folgende sein: ökologische Nachhaltigkeit und Konsistenz, ökonomische Nachhaltigkeit und Effizienz, soziale Nachhaltigkeit und Suffizienz. Doch der Stolperstein ist unübersehbar, hat doch ein Verständnis von sozialer Nachhaltigkeit, das sich vor allem auf Ungleichheit und Gerechtigkeit bezieht, bisher wenig mit Suffizienz zu tun.

Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit finden sich als ein einigendes Deutungsmuster im Anschluss an die UN-Konferenz von Rio de Janeiro in 1992 (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED), deren Abschlusserklärung ein solches Dreieck jedoch nicht formuliert.⁹ Deutungsmuster sind in der Regel implizit und vorbewusst. Hier ist das eingangs erwähnte analytische Problem im Drei-

⁸ So wird es im Bericht der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtages zur Zukunft der Chemieindustrie in NRW stark gemacht (Landtag NRW 2015), folgt man jedenfalls den Ausführungen des grünen Kommissionsvorsitzenden Hans-Christian Markert (<http://gruene-fraktion-nrw.de/parlament/parlamentarisches/reden/redendetail/nachricht/hans-christian-markert-eine-chemie-aus-sonne-wasser-abfall-und-luft-ist-kein-luftschloss-mehr.html>). Ein Blick in den Kommissionsbericht zeigt, dass die Begriffstrias dort nicht auftaucht, die mitregierende sozialdemokratische Partei hat aufgepasst.

⁹ Abschlusserklärung 1992 <http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>, die Erklärung der Stockholm-Konferenz 1972 enthält dies ebenso wenig: <http://www.un-documents.net/aconf48-14r1.pdf>

eck eingebaut: Wirtschaftliche Nachhaltigkeit meint in einer kapitalistisch verfassten Weltwirtschaft, dass die Funktionsimperative des Wirtschaftssystems nicht gefährdet werden dürfen, ihre Protagonisten im Nachhaltigkeitsdiskurs sind Arbeitgeber, Unternehmerverbände, Wirtschaftsflügel. Soziale Nachhaltigkeit meint die andere Seite im Klassenantagonismus, hier positionieren sich weltweit Gewerkschaften und NGOs, die sich der Repräsentanz der Nicht-Kapital-Besitzenden und Exkludierten verpflichten. Wenn also, wie in praktisch allen relevanten Nachhaltigkeitsdiskursen, eine Homöostase dieses Dreiecks beschworen wird, dann wird der Klassenantagonismus in die Figur der Nachhaltigkeit eingebaut und gleichzeitig in einen zweiten Antagonismus gespannt, nämlich zur „reinen“ ökologischen Frage. Antagonismen oder, mehr noch, Ambivalenzen neigen dazu, die Akteure zu lähmen. Eine doppelte Ambivalenz im Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit birgt damit ein verschärftes Stillstellungsrisiko. Am Beispiel der Klimapolitik lässt sich das gut demonstrieren: Gewerkschaften und Regionalpolitiker kämpfen Seit an Seit mit Energiekonzernen für ein Weiterbestehen der fossilen Energieerzeugung durch Braunkohle und gegen eine Dekarbonifizierung. Stephan Lessenich hat das Verwirrungspotential der Spätmoderne auf den nachhaltigkeitsrelevanten Begriff der „Externalisierungsgesellschaft“ gebracht. In ihr leben die Leute „nach absoluten Maßstäben (...) über den Verhältnissen anderer“ (Lessenich 2015, S. 24). Klimawandel und Kapitalismus verschmelzen im sozialen Wegschauern. Eine babylonische Verwirrung aus Volkskapitalismus und Volksklimawandel scheint Akteure irrelevant zu machen, der Klimawandel im Kapitalismus wird zu einem wunderlichen Narrativ, zu einer Kulturfigur, die nur als „Resource der Imagination“, so Mike Hulme, noch politisch umgestaltet werden kann (Hulme 2014, S. 333).

Hier kann ein Dokument helfen, sowohl das Konzept Sozialer Nachhaltigkeit zu schärfen wie dabei die Möglichkeiten und Grenzen politischer Unterstützung des Klimaschutzes näher zu bestimmen. Es handelt sich dabei um ein Diskussionspapier der „Commission for Social Development“ des „Economic and Social Council“ der United Nations (kurz: ECOSOC¹⁰) mit dem Titel „Emerging issues: the social drivers of

¹⁰ ECOSOC versteht sich unterdessen als zentrale Plattform für Nachhaltigkeitsdiskurse („the United Nations’ central platform for reflection, debate, and innova-

sustainable development“ (UN 2014). Dessen Duktus der Argumentation liegt zunächst auf dem organisierten Klassenkompromiss, der sich in der dominanten Wertschätzung von Erwerbsarbeit fokussiert. Dies entspricht dem Grundimpuls von ECOSOC, der sich in der tripartiten Konstruktion (Regierungen-Gewerkschaften-Arbeitgeber) der UN-Unterorganisation ILO noch zuspitzt. Seit den 1980er Jahren haben nun drei politische Diskurse die alte Lohnarbeitszentrierung aufgeweicht:

1. seit den 1980er Jahren der Diskurs um *Frauenarbeit*, der zum einen zeigte, dass gleiche Zahlung für gleiche Arbeit ebenso wenig durchgesetzt ist, wie eine sichtbare Bewertung der Familien- beziehungsweise Hausarbeit;
2. die Wahrnehmung und zunehmende Anerkennung der *informellen Ökonomie* seit den 1990er Jahren durch die Selbstartikulation des Globalen Südens und der Relevanzbeobachtung der Subsistenzökonomie; die Diskussion um eine Erweiterung des BIP um nicht-monetäre Wohlfahrtsleistungen gehört ebenfalls hierhin;
3. schließlich und erst seit den 2000er Jahren, im Anschluss an die Finanzkrise 2008ff., aufgrund der Beobachtung von „jobless growth“ eine Infragestellung von *Wirtschaftswachstum* an sich, dessen ökologische Folgen in diesem Diskursbereich zunächst eine geringere Rolle spielten.

Das Dreieck der Nachhaltigkeit – „the three pillars of sustainable development“ – wird zu Beginn des Dokuments in einer spezifischen Textform aufgerufen: „sustainable development, enabled by the integration of economic growth, social justice and environmental stewardship“. Sie wird damit verbunden, dass die drei Dimension gleichrangiger – „more equal“ – behandelt werden als bisher. Warum soll das der Fall sein? Die Antwort ist einfach: „Indeed, the interpretation of sustainable development has tended to focus on environmental sustainability while neglecting the social dimension.“ Was aber ist diese „social dimension“, könnte sie mehr oder etwas anderes sein als „social justice“, als der Fokus auf Ungleichheit und ihre Behebung? Das ECOSOC-Dokument deutet das an. Als „social drivers for sustainable development“ wird eine

bemerkenswerte Reihe von Handlungsfeldern kombiniert, von der Förderung der informellen Ökonomie über eine universalistische Sozialpolitik einschließlich eines Grundeinkommens – „transformative social policy“ –, eine „grüne Ökonomie“, Partizipation und Empowerment, bis hin zu einer generell sozialen und solidarischen Ökonomie, eine Treiberliste, die noch vor wenigen Jahren im gewerkschaftsbezogenen Kontext undenkbar gewesen wäre.

Vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit

Es erscheint folglich überfällig, dass der diffuse Begriff „Soziale Nachhaltigkeit“ klarer wird und seiner Begrenzung auf eine linke Kapital(ismus)kritik entzogen wird. Er sollte vor allem nicht mehr auf den ökonomischen Diskurs reduziert werden (Jahrbuch Ökologische Ökonomie 2007). Ratsam wäre eine genuin sozialwissenschaftliche, zunächst soziologische, im Weiteren transdisziplinäre Perspektive. Eine diskursanalytische Betrachtung¹¹ der Verwendung des Begriffs(feldes) „Soziale Nachhaltigkeit“ zeigt vier Konzeptionen:

1. Ein *enges* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit: Hier wird das Soziale als eine von „drei Säulen“ von Nachhaltigkeit konzipiert, als Konfliktreduktion und Umverteilung, als Begleitung der ökologischen Nachhaltigkeit, die im Zentrum dieser Konzeption steht.¹²
2. Ein *internales* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit des Sozialen: diese Konzeption hat mit Ökologie, mit dem heute üblichen Konzept von Sustainability oder Nachhaltigkeit zunächst wenig zu tun. Sie bezieht sich nur auf das Soziale selbst. Es geht um eine nachhaltige Vermögenskultur, beispielsweise durch vermehrte Stiftungsgründungen, oder um „good governance“, um die langfristige Stabilität (demokratischer) Institutionen. Die Brücke der internalen Konzeption zur Verantwortung gegenüber Natur und Um-

¹¹ Ein solcher Versuch wurde von Hans-Joachim Plewig und Mascha Kurenbach an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität unternommen (Plewig/Kurenbach 2014). Er beschränkt sich jedoch auf den Bibliothekskatalog ihrer Universität als Materialgrundlage und bezieht die enorme Fülle internationaler Veröffentlichungen zu Sustainability Sciences in Fachzeitschriften nicht ein (Kates et al. 2001, Bettencourt/Kaur 2011).

¹² Exemplarisch: Senghaas-Knobloch 2009, ähnlich auch Jahrbuch 2007.

welt schlägt die Diskussion über Gemeingüter, die Commons: Luft, Artenvielfalt, Wasser, Naturschönheiten sind durch Egoisten und Kurzzeitdenken bedroht, der Blick auf das Gemeinschaftliche in einer konkreten kleineren bis zur Weltgesellschaft schließt die ganze Ökologie des Sozialen ein, von der Natur bis hin zum geistigen Welt-erbe.¹³

3. Ein *skeptisches* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit ökonomischer Funktionalitäten. Hier geht es – dem internalen Verständnis nahe stehend – um Generationengerechtigkeit, beispielsweise in der Verteilung der Finanzierungslasten der Rentenversicherung zwischen Alt und Jung, finanzpolitisch um die Verhinderung von Staatsschulden („schwarze Null“), insbesondere um die Verhinderung öffentlicher Investitionen in die Förderung von Nachhaltigkeit über die Aufnahme neuer Schulden. Hier ist Soziale Nachhaltigkeit eher ein Kampfbegriff, wie die (eher wirtschaftsliberalen) Skeptiker ohnehin allem Sozialen erst einmal misstrauen.
4. Schließlich findet sich auch ein *weites* Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit, in dem das „Soziale“, dem englischen Sprachgebrauch folgend, als das „Gesellschaftliche“ verstanden wird: Soziale Nachhaltigkeit wird hier als gesellschaftliches Projekt, als Transformationsprojekt konzipiert. In dieser Arena werden derzeit Diskussionen über die Postwachstumsgesellschaft, um „Green Growth“ versus „Degrowth“ geführt.

Alle vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit beinhalten wesentliche und zukunftsfähige Gesichtspunkte. So markiert das enge Verständnis jene sozioökonomische Konfliktlage, die zuletzt Thomas Piketty als weltweiten Dominierungsprozess von Kapitalrenditen über Arbeitnehmereinkommen analysierte (Piketty 2014). Sie inszeniert sich in den Diskussionen um Energiepreise oder Braunkohleabbau, wonach Klimaschutzmaßnahmen sozial ungleich wirken und vorhandene Benachteiligungen zu verschärfen drohen. Das interne Verständnis wiederum legt den Fokus auf positive Gestaltungsoptionen, auf ein „Transformations-

¹³ In diese Richtung argumentiert eine Forschergruppe am Umweltforschungszentrum Leipzig (Klauer u.a. 2013) mit einem „Beständekonzept“, das die Dimension „Zeit“ in die Ökonomie einholt und dadurch Nachhaltigkeit operationalisiert.

design“ (Sommer/Welzer 2014), die Konfliktlinien sind hier nicht so offensichtlich. Das skeptische Verständnis will gleichfalls institutionelle Änderungen meiden und setzt im Wesentlichen auf technologische Lösungen des Nachhaltigkeitsproblems. Das weite Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit schließlich könnte zu einem Leitbild des Nachhaltigkeitsdiskurses insgesamt werden. Indem es das Soziale, das Gesellschaftliche einer Transformation zu einer nachhaltigeren Gesellschaft betont, ohne sich damit zu begnügen, wird markiert, dass eine primär technologische oder ökonomische Strategie den systemischen Charakter der sozialökologischen Problemstellung verfehlt.

Ein solch weites Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit zielt auf eine umfassende Reorganisation von Politik, wie sie im 20. Jahrhundert mit der Idee des Wohlfahrtsstaates und der Etablierung verschiedener Formen eines „Wohlfahrtsregime“ weltweit erfolgreich gelang.¹⁴ Es wäre zu hoffen, dass es der Nachhaltigkeitsbewegung, wie zuvor der Arbeiterbewegung, gelingt, neue Institutionen zu fordern und zu fördern, die den sozialen Ausgleichsimpuls des Sozialstaats systematisch zu einer Art „Öko-Wohlfahrtsregime“ weiterentwickeln.

Eine Nachhaltigkeitsbewegung benötigt Transformationsnarrative. Psychische Veränderungen erfordern symbolische Repräsentanzen des Ungedachten, des Noch-Nicht (Bohleber 2014). Das gilt auch für soziale Veränderungen. Michael Braungart, der Erfinder des „Cradle-to-Cradle“-Prinzips, kritisiert den Nachhaltigkeitsdiskurs mit einem guten Bild: Nachhaltigkeit sei nicht genug, viel wichtiger sei Qualität (Braungart/McDonough 2014). Den Menschen als Naturschädling zu betrachten, nährt zugleich Resignation und Zynismus. Die Tätigkeit des Menschen, seine Sozialität, soll und kann der Welt nützen. Erst durch den Menschen wird die Welt für den Menschen zu einem guten Ort. Die Natur allein, der romantische Traum von einem naturidentischen Leben ist ein Alptraum.

¹⁴ Opielka 2008 im Anschluss an die Arbeiten von Gøsta Esping-Andersen; zu einer frühen Positionierung der Sozialpolitik in den ökologischen Diskurs vgl. Opielka 1985.

Vier Themendimensionen Sozialer Nachhaltigkeit

Warum geht es thematisch bei einem weiten Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit? Ändert sich dadurch die Wahrnehmung von Problemen und, mehr noch, lassen sich daraus analytische Überlegungen für die Forschung entwickeln? Im Folgenden sollen kurz vier Stufen, vier Emergenzniveaus¹⁵ Sozialer Nachhaltigkeit skizziert werden:

Auf der ersten Ebene geht es um das *Faktische*, um die ökosoziale Frage, die Problemanzeige: Es ist die Ebene der Differentialdiagnostik, hier finden wir die Vielzahl von Themen aus der sozialökologischen Forschung (SÖF)¹⁶, aus der breiten internationalen Diskussion um Transition und Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft (Grin et al. 2010; Scoons et al. 2015), erweitert um die Wohlfahrtsstaats- und -regimeforschung. In temporaler Hinsicht ist diese Ebene auch das Terrain der empirischen Zukunftsforschung, die mit Megatrend-Analysen, Szenarien, Roadmaps und Stakeholderpartizipation die materiale Grundlage für alle Transformationsreflexionen legt (Popp/Zweck 2013).

Die zweite Ebene markiert das *Politische*: Themen sind hier die Anwendungs- und Transferorientierung, Reallabore, Translationalität. In demokratischen Kulturen gehört dazu Partizipation und Diskursivität, bis hin zu Citizens Sciences. Es geht hier, ähnlich wie in den kulturwissenschaftlich geprägten „Postcolonial Studies“, um eine Wahrnehmung der Stimmen aus dem „Off“ und ihre repräsentative Einbeziehung in dominante Diskurse, im Grunde um ihre diskursive Inklusion (Lessenich 2015). Generell fördert ein Forschungsprogramm Sozialer Nachhaltigkeit auf dem Level des Politischen Wertreflexivität: Kein strategisches Inte-

¹⁵ Die vier Emergenzniveaus entsprechen den vier Reflexionsstufen einer auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Talcott Parsons aufbauenden Handlungs- und Systemtheorie (Opielka 2006). In der wissenssoziologischen Perspektive von Parsons können zwei gegenläufige Hierarchien unterschieden werden: die energetische Hierarchie von Materie zu Information (Stufe/Level 1 bis 4) und die informationelle Hierarchie von Information (oder Geist) zu Materie (Level 4 bis 1).

¹⁶ Das BMBF begann 1999 mit einer Sondierungsphase zu gleichnamigen Forschungslinie, die unterdessen zumindest in der deutschen Diskussion eine außerordentliche empirische und theoretische Präsenz erreicht hat: vgl. <http://www.fona.de/de/19711>; relevant erscheinen die zaghaften, doch zunehmenden Überschneidungen zu gleichfalls BMBF-finanzierten Prozessen der Zukunftsforschung unter der Signatur „Foresight“ (Zweck u.a. 2015).

resse rechtfertigt sich ohne Argument, das seine normative Dimension offen legt.

Auf der dritten Ebene finden wir das *Organisatorische* der wissenschaftlichen Gemeinschaft, der scientific community: die Themen Sozialer Nachhaltigkeit sind hier Interdisziplinarität und vor allem, zugleich am schwierigsten, Transdisziplinarität und Neodisziplinarität. Auf der Suche nach einer transdisziplinären Forschung für Nachhaltigkeit entstehen unterdessen neue Disziplinen (Sustainability Sciences).

Die vierte Ebene einer wissenschaftlichen Befassung mit Sozialer Nachhaltigkeit zielt auf das *Epistemische*, auf die Möglichkeitsbedingungen komplexen, holistischen und systemischen Denkens: Themen sind hier die Spannung von Evolution und Emergenz, von Entwicklung und Sprung, die große Frage nach den Bedingungen wissenschaftlicher Paradigmenwechsel.

Die hier skizzierten Themen finden sich überwiegend, wenngleich in anderer oder ohne analytische Systematisierung, auch in neueren Texten zur transformativen Wissenschaft bei Uwe Schneidewind oder Thomas Jahn (Schneidewind/Singer-Brodowski 2013, Jahn 2013). Die Repräsentanz der Wirklichkeit in der Wissenschaft ist mehrdimensional und kann auf jeder Ebene zu Konflikten führen. Geboten sind Heuristiken zur Unterscheidung, vor allem dann, wenn Wissenschaft zur Zukunftsgestaltung beitragen will und dadurch in sozialen Konflikten unvermeidlich Partei wird. Der Präsident der DFG, Peter Strohschneider, kritisierte 2014 heftig das Konzept der „Transformativen Wissenschaft“ als Entdifferenzierung komplexer Wirklichkeit. Eine „Große Transformation“, im Sinne des hier vertretenen weiten Konzepts Sozialer Nachhaltigkeit, sei moralisch überladen und trage zugleich zur Depolitisierung bei, weil nun alles dem expertengetriebenen Nachhaltigkeitsziel unterworfen werde. Armin Grunwald beruhigte, verglich die Entstehung der transformativen Nachhaltigkeitsforschung mit der Genese der Technikwissenschaften, sah Parallelen und auch keinen Umstürzungswunsch, sondern eine organisatorische Chance zur Erweiterung des wissenschaftlichen Blicks (Strohschneider 2014, Grunwald 2015). Ähnlich erkennt auch der Wissenschaftsrat in einem Positionspapier die Notwendigkeit, „große gesellschaftliche Herausforderungen“ zu adressieren, worunter bei wissenschaftspolitischen Akteuren vor allem Klimawandel, globale Erwärmung und saubere Energie verstanden würden (Wissenschaftsrat 2015, S. 15). Der Fokus Soziale Nachhaltigkeit erlaubt eine weitere, beruhigende und

ermunternde Parallele: vielleicht erfüllen die transformativen Nachhaltigkeitswissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts eine ähnliche Funktion wie die Sozialwissenschaften am Beginn des 20. Jahrhunderts. Nicht nur die Soziologie begriff sich damals als Medium der Sozialreform, als Antwort auf die soziale Frage als Klassenfrage. Das Ergebnis war der Wohlfahrtsstaat. Ein gutes Jahrhundert später wird die öko-soziale Frage, wenn es gut geht, durch ein globales „Öko-Wohlfahrtsregime“ beantwortet.

Transversale Sozialpolitik für Soziale Nachhaltigkeit

Eine systematische Analyse zur Frage, ob der Wohlfahrtsstaat notwendig an wirtschaftliches Wachstum gebunden ist, steht noch aus. Auch wenn praktisch die gesamte sozialpolitische Literatur dies annimmt, kann es anders sein. Diese Frage soll zunächst in zwei gebrochen werden: zum einen in die Frage, ob es diesen Nexus tatsächlich gibt oder ob es sich um eine Wahrnehmungsverzerrung handelt; zum anderen wollen wir fragen, ob Wirtschaftswachstum grundsätzlich ökologisch problematisch ist, eine nachhaltige Gesellschaft also auf Wirtschaftswachstum zwingend verzichten muss – und damit eine Postwachstumsgesellschaft sein sollte. Abschließend werden wir diskutieren, ob dieses mögliche Ziel auch intentional verfolgt werden kann.

Ist der Wohlfahrtsstaats zwingend auf Wirtschaftswachstum angewiesen?

Zur ersten Frage hat der amerikanische Ökonom William J. Baumol Wesentliches beigetragen, indem er auf ein bekanntes, aber gern übersehenes Phänomen hinwies, das seit langem seinen Namen trägt: die „Baumol’sche Kostenkrankheit“ oder mit weniger neoliberalen – „Krankheit“ – Unterton: der „Baumol-Effekt“. Im hohen Alter hat er seine empirisch gestützten Überlegungen in einem Buch zusammengefasst, dessen Titel aufmerken lassen sollte: „Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn’t“ (Baumol 2012). Er unterscheidet zwei Formen der Güterproduktion: die stoffliche Produktion mitsamt den sie unterstützenden Dienstleistungen und die personellen Dienstleistungen, die heute überwiegend wohlfahrtsstaatlich organisiert und finanziert wer-

den. Baumol konzentriert sich bei letzteren in seinen empirischen Zeitreihen auf Gesundheitsdienste und in seinen theoretischen Überlegungen zusätzlich noch auf Bildungsdienste wie Schule und Hochschule und früher auch auf die darstellenden Künste. Auf diese Einschränkungen werden wir gleich noch einmal zurückkommen. Baumols Befunde sind beeindruckend. Sie zeigen eine überraschend stabile quantitative Relation zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und dem Wachstum der Gesundheitskosten, einer Zunahme des BIP pro Kopf um 1 Prozent steht in praktisch allen vergleichenden Zeitreihen ein Wachstum der Gesundheitskosten um etwas mehr als ein Prozent pro Kopf gegenüber (ebd., S. 94ff.). Der Grund dafür sind die im Bereich der personellen Dienstleistungen deutlich geringeren Produktivitätszunahmen. Insbesondere Sorge-Arbeit (Care-Work, siehe auch den Beitrag von Mascha Madörin in diesem Band), aber auch andere auf unmittelbarer Interaktion basierende Arbeiten können nur begrenzt rationalisiert werden. Diese relativen und langfristig dramatischen Kostensteigerungen für personenbezogene Dienstleistungen würden dazu führen, dass sich Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen diese nicht mehr leisten können, was wiederum die Humankapitalausstattung moderner Gesellschaften gefährdet. Aus diesem funktionalen Grund, so Baumol, expandiert der Wohlfahrtsstaat und wird es weiter tun. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP, die Sozialleistungsquote, wird daher auch in Zukunft überproportional zum BIP steigen. Dass dies insbesondere von den neoklassischen Mainstream-Ökonomen, zu denen er als früherer Präsident der amerikanischen Ökonomenvereinigung durchaus zählt, mehrheitlich schlicht verleugnet wird, zählt Baumol zu deren gesellschaftsschädlichen „Irrtümern“, mit denen er in einem fulminanten Beitrag abrechnet (Baumol 2005). Es komme darauf an, die Produktivitätsdifferenzen zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft zu nutzen, um durch geeignete institutionelle Arrangements wie Besteuerung die Produktivität der Gesellschaft insgesamt zu steigern.

Der Baumol-Effekt kann so interpretiert werden, dass Wirtschaftswachstum insgesamt und Produktivitätssteigerungen in der stofflichen, global handelbaren Güterproduktion unverzichtbar sind, um ein immer höheres wohlfahrtsstaatliches Leistungsniveau zu erreichen. Damit wäre die Grundannahme der Sozialpolitikliteratur bestätigt. Doch die Sachlage ist etwas komplizierter. Wir wollen zwei Aspekte beziehungsweise Voraussetzungen des Baumol-Effektes herausgreifen, die von ihm selbst

nicht vertieft wurden, für die Postwachstums-/Degrowth-Diskussion und ihren Nexus zur Sozialpolitik aber bedeutsam erscheinen: die Relevanz von Innovationen und die Relevanz der Sektoren-Hypothesen.

Der Wirtschaftsethiker Ingo Pies hat im Rahmen einer eher konventionell-neoklassisch anmutenden – „ordonomischen“ – Untersuchung diskutiert, wie es überhaupt möglich wurde, von einer „malthusianischen“ Vormoderne ab etwa 1820 zu einer „postmalthusianischen“, modernen Wachstumswirtschaft zu gelangen (Pies/Hielscher 2010). Entgegen der häufigen Annahme, technologische Innovationen wie Dampfkraft und anderes hätten diese – von Karl Polanyi als „Große Transformation“ bezeichnete – Entwicklung erzeugt, in gewisser Weise also gesellschafts-externe, technische Prozesse – wir gehen auf die Spannung zwischen exogenen und endogenen Wachstumstheorien im nächsten Abschnitt ein –, machte Pies mit Baumol die „politische Konstitutionalisierung“ und einen Wechsel von „bad“ zu „good governance“ für diese Entwicklung verantwortlich. Erst bei politischer Verlässlichkeit würden die Bürger ihre Ersparnisse nicht mehr vergraben, sondern mutig investieren.

Aus soziologischer Sicht blenden wir hier die Überlegung von Thomas H. Marshall ein, der vorschlug, die Geschichte der Staatsentwicklung der letzten drei Jahrhunderte, mit England als Vorreiter, etwa folgendermaßen zu lesen: im 18. Jahrhundert als Konstitutionalisierung des Rechtsstaates, im 19. Jahrhundert des demokratischen Staates und im 20. Jahrhundert des Sozialstaates (Marshall 1992; Opielka 2008, S. 18f.), in globaler Perspektive selbstverständlich mit erheblichen Ungleichzeitigkeiten. In seiner epochalen Geschichte des 19. Jahrhunderts hat Jürgen Osterhammel diese Transformation weltgeschichtlich analysiert, als das Zeitalter der großen politischen Ideologien, der Verwissenschaftlichung des Daseins, der Massenmigration, der ersten Welle der Globalisierung und imperialen Expansion Europas (Osterhammel 2009). Das historisch dramatische Geschehen einer Beendigung überwiegender Subsistenzwirtschaft, einer „Steady-State Economics“, wie sie Herman Daly beschrieb und beschwor, durch eine expansive Wachstumswirtschaft hat viele Dimensionen. Der zunehmend von sozialen Bewegungen geforderte, noch feudale und autoritäre Staat des 19. Jahrhunderts sträubte sich lange gegen die Etablierung von Umverteilungssystemen, die logistisch hoch anspruchsvoll sind, eine verlässliche Rechtsordnung, korruptionsfreie Verwaltung und statistisches Wissen benötigen. Es ist kein Zufall, dass das gerade in diesem Feld innovative, auf die preußische Verwaltungs-

tradition und -innovation – beispielhaft Lorenz von Stein – aufbauende Deutsche Reich die erste nationale Sozialpolitik entwickelte.

In einem komplexen und retrospektiv konzertierten Prozess wurden die sich modernisierenden Gesellschaften Europas – und unterdessen der Welt – auf Wachstum programmiert, auf eine Anhebung des Lebensstandards und damit auf ein Glücksversprechen, das kapitalistische Expansion und demokratische Selbststeuerung durch den Wohlfahrtsstaat vermittelte. Die Ökologiebewegung und ihre Wachstumskritik stellt diese Dynamik nun normativ und empirisch infrage. Die daraus resultierenden wohlfahrtsstaatlichen Dilemmata sind für neoklassische Ökonomen offensichtlich: „Insofern ist es von immenser Bedeutung, ob man sich in der (welt-)gesellschaftlichen Öffentlichkeit auf das politische Ziel verständigt, eine weitere Anhebung des Lebensstandards anzustreben, also nach dem Wachstum der Grenzen zu fragen, oder ob man stattdessen die ‚Grenzen des Wachstums‘ ausruft und eine Politik der Bescheidung und des Maßhaltens propagiert. Von immenser Bedeutung ist ebenfalls, ob man die Sozialpolitik auf eine Inklusion der Armen ausrichtet, die dann durch gezielte Hilfen in die Lage versetzt werden, sich selbst aus ihrer Armut herauszuarbeiten, oder ob man stattdessen eine Umverteilung propagiert, die Armen umfangreich alimentiert und gerade dadurch in ihrer Armut festhält, so dass per Umverteilung dafür gesorgt wird, dass die verfügbaren Investitionen nicht (von den Reichen) investiert, sondern (von den Armen) konsumiert werden. (...) Sieht man im Unternehmer beziehungsweise im Unternehmen primär einen Akteur kapitalistischer Ausbeutung, oder sieht man in ihm primär einen Agenten gesellschaftlich produktiver Wertschöpfung?“ (Pies/Hielscher 2010, S. 6f.). Pies verknüpft nun die konstitutionalistische mit einer modelltheoretischen Frage und kritisiert Baumol für die Annahme eines Gefangenendilemmas – „Red-Queen-Game“ –, wonach es im Übergang von der malthusianischen zur postmalthusianischen Phase in Europa gelungen sei, Unternehmen dauerhaft mit Innovationsanreizen zu versorgen; doch sei dies auch bei Konkurrenten der Fall, so dass sich Innovationen nicht notwendig auszahlen. Im Gegenteil sei auch ein Preiswettbewerb möglich, der nur auf Marktanteilsgewinn zielt. Es sei aber theoretisch plausibler, so Pies, wenn Innovationen zugleich bei allen markt beteiligten Unternehmen einen höheren Payoff erzielen, dann werde es möglich, „die Unternehmen für eine demokratische Politik der Lebensstandardanhebung zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam an einem Wachstum der Grenzen zu

arbeiten.“ (Pies/Hielscher 2010, S. 9) Es gehe also auf der semantischen Ebene darum, das aus einer feudalen Epoche stammenden Nullsummen-denken und die Skepsis gegenüber neuem Reichtum auf die neuen, auf Innovation angewiesenen Bedingungen einer demokratischen Marktwirtschaft zu adaptieren.

Die Argumentation von Pies wurde nachgezeichnet, weil sie den Baumol-Effekt exemplarisch zugleich voraussetzt und seine Dramatik weichzeichnet: Sie lässt eben offen, wie genau der Transfer zwischen Sektoren einerseits und zwischen den reichen Gewinnern und den armen Verlierern des weltweiten Wettbewerbs erfolgen soll. Der Wohlfahrtsstaat erscheint als eine Black-Box, der zwar die konstitutionelle Voraussetzung für Innovationen bietet, zugleich aber durch seine Entmarktlichung – der Sozialpolitikforscher Gøsta Esping-Andersen nannte es „Dekommodifizierung“ – Innovationen gefährde, weil sich Bequemlichkeit lohne. Wir werden diese endemische Diskurspolarität von Markt versus Staat nicht auflösen können (Opielka 2006). Gleichwohl hat die Reflexion auf die Bedingungen für Innovation unsere Überlegungen auf jenen zweiten Aspekt gelenkt, die Frage, für welche Sektoren der Baumol-Effekt genau gilt und wie es mit ihrer wohlfahrtsstaatlichen Verfasstheit steht.

Heute ist die sogenannte „Drei-Sektoren-Hypothese“ gedankliches Allgemeingut; sie strukturiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) durch die Aufteilung in entsprechende „Wirtschaftssektoren“. Das in den 1930er Jahren von Colin G. Clark und in den 1950ern durch den Zukunftsforscher Jean Fourastié entwickelte und popularisierte Modell gliedert die Wirtschaft in einer historischen und systematischen Reihenfolge: primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau); sekundärer Sektor (Waren produzierendes Gewerbe); tertiärer Sektor (Handel, Verkehr, Kreditgewerbe, Versicherungen, sonstige Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck und anderes). Wenn freilich die VGR für 2015 einen Beschäftigtenanteil im Tertiären Sektor von 74,1% feststellt, der in einigen europäischen Staaten bereits über 80% liegt,¹⁷ so muss die Frage aufkom-

¹⁷<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/1rwrw013.html>; die Wertschöpfung des tertiären Sektors liegt aufgrund von niedrigeren Entgelten in einigen seiner Teilsektoren (z.B. Gastronomie) mit 69,1% etwas

men, was ein Sektorenmodell soll, bei dem ein Sektor derart übermächtig ist. Daher wurden, wie bei wissenschaftsgetriebenen Unterscheidungen üblich, schon früh Überlegungen laut, aus der Drei- eine Vier-Sektoren-Hypothese zu machen, den Dienstleistungssektor also auszudifferenzieren. Bei den meisten Autoren ist das Differenzierungskriterium zwischen den neuen tertiären und quartären Sektoren die überwiegende Informationsbasierung. Zoltan Kenessey, Mitarbeiter des U.S. Federal Reserve Board, hat in einem viel zitierten Aufsatz aus 1987 als quartäre Aktivitäten vor allem Finanz- und Versicherungsdienste, Immobilienvermittlung und öffentliche Verwaltung identifiziert (Kenessey 1987, S. 363), letzteres eine Sammelkategorie vor allem für alles Wohlfahrtsstaatliche. Bisher haben sich derartige Pläne in den öffentlichen Statistiken nicht niedergeschlagen, auch in der Forschungsliteratur beispielsweise zur „Sozialstrukturanalyse“, einem Kerngebiet der Soziologie, wird die Strukturierung der Wirtschaft nach Sektoren entweder erst gar nicht thematisiert (z.B. Rössel 2009) oder es bleibt bei den ökonomisch interessierten Autoren bei Hinweisen (Schäfers 2002, S. 176f.).

Die damit verbundene semantische Frage, ob sich Gesellschaften mit hoher Informationsbasierung als „postindustrielle“ oder „Wissengesellschaft“ bezeichnen lassen können,¹⁸ verweist auf eine bis heute unbeantwortete Kontroverse zur Begründung einer ökonomischen Wachstumstheorie. Einer ihrer innovativsten und periodisch für den Wirtschaftsnobelpreis gehandelten Kollegen ist Paul M. Romer, dessen „endogene Wachstumstheorie“ („Romer-Modell“) Wissen selbst zur Produktivkraft erhebt: Technischer Fortschritt ist das Ergebnis von gewinnorientierten Investitionen in Forschung und Entwicklung, mit dem Ziel, die Varietäten von Inputs (Maschinen) zu vergrößern. Mit zunehmender Ausdifferenzierung des Maschinenbestandes steigen die Arbeitsteilung und damit die Produktivität der Arbeit. Da die Herstellung eines bestimmten Typs einer Maschine zunächst deren Entwicklung voraussetzt, fallen Fixkosten an, die bei vollständiger Konkurrenz nicht gedeckt werden könnten. Infolgedessen muss die Annahme der vollständigen Konkurrenz bei den

unterhalb des Beschäftigtenanteils: <http://wko.at/statistik/eu/europa-wertschoepfung.pdf>

¹⁸ Allerdings scheint die Diskussion wieder etwas eingeschlafen, wie die seit vielen Jahren nicht mehr aktualisierte einschlägige Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung demonstriert: www.wissengesellschaft.org; vgl. auch Opielka 2002.

Maschinenproduzenten aufgegeben werden. Im Gegensatz zu den neoklassischen oder keynesianischen Wachstumstheorien fällt also technischer Fortschritt (Wissen) nicht kostenlos an, sondern muss produziert werden, er kostet etwas.¹⁹

Die von Romer angestoßene Diskussion wirft zahlreiche rechtliche, politische und generelle gesellschaftliche Fragen auf, die entscheidende: wem gehört Wissen? Nun ist ein Gemeingut, dass Wissen zu den Ressourcen gehört, die sich durch Nutzung nicht verbrauchen, sondern häufig vermehren. Gleichwohl macht Romer darauf aufmerksam, dass zumindest zeitweise eine Monopolisierung beziehungsweise Zurückhaltung von Wissen wirtschaftlich unerlässlich ist, um neues Wissen zu produzieren. Das Patent- und generell Rechte-Wesen moderner Gesellschaften gründet sich darauf, die Bewegungen für die freie Zugänglichkeit von Wissen – Creative Commons, Open Access etc. – basieren auf der Gemeingutwachstumsannahme. Die politischen Folgerungen sind nicht eindeutig. So ist beispielsweise unklar, ob die stärkere Wissensbasierung der Ökonomie die weltweite Arbeitsteilung mehr in Richtung Ungleichheit verschärft oder neue Aufholchancen für die Peripherie bietet (Baumol 2005).

Was tragen nun diese Überlegungen zur zunehmenden Wissensbasierung der Wirtschaft und der Ausdifferenzierung eines quartären Sektors für eine Einordnung der Wohlfahrtsstaatsentwicklung in den Postwachstumdiskurs bei? Zunächst einmal wird deutlich, dass jener Baumol-Effekt bei nur wenig veränderter Institutionenlandschaft dauerhaft Bestand haben wird: Die künftig quartären personellen Dienstleistungen werden teurer, die in diesem Sektor erzielbaren Produktivitätssteigerungen werden wohl nur in geringfügigem Umfang zum Abbau von Beschäftigung dienen, sondern in der Regel zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität.²⁰ Kräftige Thesen, wie diejenige der Ökonomen Carl Frey und Michael Osborne, wonach im Zeitraum 2010 bis 2030 47% der Arbeitsplätze durch Informatisierung wegzufallend drohen (Frey/Osborne 2013, S. 40), wurden unter der Signatur „jobless growth“ von Autoren wie Jeremy Rifkin und anderen seit mehreren Jahrzehnten ver-

¹⁹ Romer 1994, sein sicherlich lehrreiches Buch „Endless Frontiers. How Ideas Shape Economic Growth“ ist leider erst für 2022 angekündigt.

²⁰ Im Sinne des Wunsches nach einem „Superforecasting“ (Tetlock/Gardner 2016) sind das natürlich etwas vage Prognosen.

breitet (Opielka 2008, S. 69ff.) und erwiesen sich bislang nicht als evident, zumindest bislang erwies sich vor allem der quartäre Sektor als ausgesprochen absorptionsfähig.²¹

Doch woher stammt das Geld zur Finanzierung dieser gewaltigen Beschäftigung? Die Wohlfahrtsstaaten der Welt waren findig, immer neue Finanzierungstechniken zu entwickeln, die die Grenze zwischen privat und öffentlich verflüssigen und damit auch internationale Vergleiche erschweren. Der Gesundheits- wie der Bildungssektor waren, je nach nationaler Tradition, besonders kreativ, private Einkommen in öffentlich dominierte Felder zu steuern, ob nun durch Selbstbehalte und Eigenleistungen bei medizinischen Diensten, ob durch eine teils dramatische Erhöhung von Studiengebühren wie in den USA und Großbritannien, durch hohe Elternanteile in Kindertagesstätten oder durch die Förderung privater Altersabsicherung – Riester-Rente und anderes – bei gleichzeitiger Absenkung der Rentenniveaus, womit die Sozialleistungsquote künstlich niedrig gehalten wird, um eine marktgläubige Elite und ihre Organe zu befriedigen, zugleich aber neue Verteilungsungleichheiten auftreten. Faktisch expandiert der Wohlfahrtsstaat in allen Industriestaaten, „Obama-Care“ erinnert daran, dass dies auch für die USA zutrifft, selbst in Singapur wurde eine Rentenversicherung eingeführt. Das geschieht nicht vorrangig aufgrund eines ausgeprägten Sozialempfindens der jeweiligen Machthabenden oder aus einer Neigung zur Bequemlichkeit, sondern weil mit der Entwicklung jener postmalthusianischen Moderne grundlegende Veränderungen der Familienstruktur einhergingen, ohne die die für die Wachstumsgesellschaft zwingend erforderliche Begrenzung des Bevölkerungswachstums nicht möglich gewesen wären. Der Wohlfahrtsstaat ersetzt damit sukzessive bisherige Leistungen des Familiensystems und erbringt zusätzlich Leistungen, die aufgrund der Humankapitalansprüche auch in der Vergangenheit nur von wenigen Familien erfüllt werden konnten. Ein Ende dieser Säkularisierung oder Vergesellschaftung der Familie ist derzeit nicht absehbar – allerdings, und das

²¹ Sehr schön dazu der Titel-Beitrag „Mensch gegen Maschine“ in der Zeitschrift DER SPIEGEL 36, 2016. Dort wird Holger Bonin (ZEW Mannheim) zitiert, der bei einer Übertragung der Frey/Osborne-Daten auf den deutschen Arbeitsmarkt eine Automatisierungsquote von 42% (statt 47%) der Erwerbstätigen berechnet. Würde man von Berufen auf Tätigkeiten umstellen, reduziert sich die Automatisierungsquote erheblich auf etwa 12% (S. 14f.).

werden wir noch erörtern, müssen nicht alle Vergesellschaftungen auch durch Verlohnarbeitung erfolgen. Manches werden viele Familien und Individuen in Eigenleistung zurückholen, wenn sie über entsprechende Ressourcen verfügen.

Wir werden gleich diskutieren, dass die Expansion von Wohlfahrtsstaatlichkeit bei Beibehaltung von Institutionen und Ideen aus einer Epoche mit geringer und fehlender Wohlfahrtsstaatsentwicklung – beispielsweise die Unterhaltsverpflichtungen in Familien oder die Lohnarbeitszentriertheit von Leistungsansprüchen – weitere problematische Wirkungen entfaltet. Doch zunächst sollen die Überlegungen der Diskussion zur Wachstumsabhängigkeit des Wohlfahrtsstaates resümiert werden.

Diese Überlegungen lassen sich in zwei Thesen zusammenfassen. Der Wohlfahrtsstaat ist in zweierlei Hinsicht abhängig von wirtschaftlichem Wachstum: er ist zum einen vom Wirtschaftswachstum abhängig, weil personelle Dienstleistungen im Wissenssektor nur begrenzt rationalisierbar sind, zugleich aber eine sektorübergreifende Lohnkonkurrenz besteht, so dass auch der quartäre Sektor relativ hohe Einkommen bieten muss, ohne über eine Marktgängigkeit seiner Güter zu verfügen, die den drei anderen Sektoren quantitativ vergleichbar wäre. Der Wohlfahrtsstaat ist zweitens dann von Wirtschaftswachstum abhängig, wenn sein Leistungsversprechen wesentlich auf bezahlter Erwerbsarbeit beruht und zwar sowohl durch die Erbringung von personellen Dienstleistungen im öffentlichen Sektor, wie durch die Finanzierung monetärer Transfers, die aus Ansprüchen aus einer hierarchisch gegliederten Lohnarbeit resultieren. Während die erste Abhängigkeit systemisch wohl unvermeidlich ist, könnte die zweite Abhängigkeit durch geeignete institutionelle Änderungen wie Grundeinkommen und Förderung nicht bezahlter Arbeit zumindest eingedämmt werden.

*Ist Wirtschaftswachstum im Wohlfahrtsstaat
grundsätzlich ökologisch problematisch?*

Greifen wir zur Beantwortung der zweiten Frage noch einmal zurück auf unsere Diskussion zu „Sozialer Nachhaltigkeit“. Der bisherige Nachhaltigkeitsdiskurs fokussiert selbst in seinen ambitioniertesten Fassungen,

die gesellschaftliche Prozesse mitberücksichtigen, in Deutschland beispielsweise im Hauptgutachten des wissenschaftlichen Beirats globale Umweltveränderungen (WBGU) „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011), auf Stoffströme. Die im „Baumol-Effekt“ diskutierte Differenzierung der Nachfrage- und Arbeitsmärkte und ihre Wirkung auf Stoffströme werden praktisch nicht reflektiert. Wir haben deshalb für ein „weites“ Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit plädiert, das sich offensiver mit den Konflikten zwischen „Green Growth“ und „Degrowth“ auseinandersetzt, also mit der Frage, ob Effizienz oder Suffizienz die goldene Leiter in die Zukunft bildet. Unsere bisherige Diskussion legt nahe, dass ein „oder“, eine Alternative zwischen Effizienz und Suffizienz, zwischen Produktivitätssteigerung und Genügsamkeit, die Nachhaltigkeitsforschung und -politik in die Irre führt, dass es sich vielmehr um komplementäre, teils kaskadenartige Strategien handeln sollte.

Ein anschauliches Beispiel lieferte auf der Ebene persönlicher Empirie jüngst der Versuch, zwei löchrige Taschen in einer ordentlichen, aber nicht luxuriösen Jeans reparieren zu lassen. Die Kleinstadt bot für diese Dienstleistung mehrere kleine Änderungsschneidereien, die sämtlich von Migranten aus dem südöstlichen Mittelmeerraum betrieben wurden und in etwa denselben Preis von 40 Euro kalkultierten. Da die Hose aufgrund günstigen Einkaufs nur einen Neupreis von etwa 10 Euro über den Reparaturkosten aufwies, kam der nachhaltigkeitsbewusste Autor ins Grübeln. Schließlich beauftragte er einen der Anbieter, nachdem er an dieser Hose erst kurz davor zwei weitere Investments getätigt hatte. Die für unsere Diskussion relevante Frage lautet: Warum sind Reparaturen so teuer, dass sie sich für die meisten Konsumenten nicht zu lohnen scheinen und daher beinahe jeder Defekt eine umweltbelastende Stoffstrombeschleunigung nach sich zieht? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Produktivitätsgewinne im zweiten Sektor (Herstellung) sind so gewaltig und die Preise folglich so niedrig, dass sie Reparaturarbeiten im dritten Sektor (klassische Dienstleistungen) weitestgehend für unrentabel erklären. Ließe sich da gar nichts machen? Doch, das geschieht auch: Noch mein Vater reparierte die Schuhe für die achtköpfige Familie selbst, die Mutter schließt bis heute Löcher und stopft auch weit über achtzig selbst zerschlossene Polster. Eigenarbeit nennt sich das soziologisch, die Grenze zu Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt wird auf diesem Gebiet beispielsweise in Nachbarschaftswerkstätten überschritten, in denen geschickte Men-

schen mit Zeit ungeschickten Menschen ohne Geld helfen. Würde die Sozialpolitik solche einfachen, dezentralen Bedarfsausgleichssysteme fördern, dann wäre sie ökologischer. Wie könnte das gehen? Was könnte der Wohlfahrtsstaat beitragen, um die Stoffströme zu verlangsamen?

Auch hier liegt die Antwort auf der Hand: Der Wohlfahrtsstaat müsste eine Verschiebung wirtschaftlicher Aktivität aus den stoffstromintensiven Sektoren in die arbeits- und zugleich informationsintensiveren Sektoren unterstützen. Die Überraschung ist: Er macht das bereits, das ist der „Baumol-Effekt“. Wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen im weiten Sinn – Soziale Arbeit, Gesundheit, Bildung, Kultur – umfassen in modernen Gesellschaften teils mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Tätigkeit, die sich im Geldsystem abbildet. Wenn wir realistischer Weise auch die unbezahlte, aber dem Dritt-Personen-Kriterium unterliegende, grundsätzlich monetarisierbare Arbeit im Care-Sektor einbeziehen, dann umfassen die nur begrenzt automatisierbaren Arbeiten im quartären Sektor mehr als zwei Drittel aller wirtschaftlich relevanten Aktivitäten (Opielka 2008, S. 132ff.; siehe auch den Beitrag von Madörin in diesem Band). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Nachbarschaftswerkstätten sind meistens Rentnerinnen und Rentner oder Pensionäre, deren Produktivitätskalküle monetär entlastet sind; der Sozialstaat sichert ihr Einkommen oder anders formuliert: Für sie ist Arbeit und Einkommen entkoppelt.

Es ist kein Zufall, dass die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen seit drei Jahrzehnten zum Inventar von Sozialpolitikforschern und -aktivisten gehört, die sich einer ökologischen, nachhaltigen Gesellschaftspraxis verpflichtet fühlen (Opielka 1985). Wenig systematische Forschung und Theoriedebatten liegen allerdings zur Frage vor, wie eine nachhaltigkeitsdienliche Entwicklung von Geldleistungen und von Dienstleistungen kombiniert werden kann. Die Beantwortung dieser Unterfrage der globalen Frage nach der Ökologieverträglichkeit des Wohlfahrtsstaates ist überfällig. Die wissenschaftliche wie die politische Literatur ist angefüllt mit Alternativsetzungen des Musters: Geld oder Liebe, entweder zahle der Wohlfahrtsstaat auskömmliche Geldtransfers „oder“ er investiere in soziale Dienstleistungen und erweise sich als „Sozialinvestitionsstaat“. Wir verzichten hier auf eine Auflistung entspre-

chender Nachweise.²² Diese Autorinnen und Autoren übersehen gewöhnlich, dass ein „Grundeinkommen“ kein Durchschnittseinkommen ist und sein kann. Wenn etwa 45 bis 50 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens durch eine Grundeinkommensregel gleich auf alle Bürgerinnen und Bürger verteilt wird, dann wird dieses Einkommen nicht hoch sein, es wird als ausschließliche Einkommensquelle die sozialkulturelle Teilhabe nur für genügsame Menschen ermöglichen, die die ihnen zur Verfügung stehende Zeit klug nutzen. Bildung tut also auch in einer Postwachstumsgesellschaft Not, sie ist möglicherweise noch notwendiger als im bewusstseinsreduzierten Wachstumskapitalismus. Was ein Grundeinkommen allerdings sichert, ist ein soziales Grundrecht (Opielka 2015). Die Etablierung sozialer Menschenrechte dürfte damit auf systematische

²² Eine zutreffende Zuspitzung liefert der Beitrag von Madörin in diesem Band, der diese Alternative wie folgt zuspitzt: „Letztlich stellen sich zwei grundlegende wirtschaftspolitische Fragen, wenn wir annehmen, dass die desaströse aktuelle Wirtschaftspolitik (Version 1) keine Zukunft hat respektive haben sollte: Sollen die Einkommen der Haushalte durch große Transfers (Grundeinkommen) gesichert werden oder soll durch eine zusätzliche Finanzierung von Arbeit, insbesondere der Care-Arbeit, die Einkommen der Haushalte gesichert werden? Die Varianten 2 und 3 werfen etliche gesellschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Fragen auf, zu denen eine Kontroverse weitgehend fehlt.“ Allerdings bezieht Madörin kurz zuvor eindeutig und sozialpolitisch problematisch Stellung für die dritte Option: „Verschiedene Autoren, die sich mit der neuen industriellen Revolution befassen, plädieren für ein Grundeinkommen als Antwort auf eine sehr unsichere Zukunft der Erwerbsarbeit. Dies würde angesichts bestehender und drohender Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der Arbeit die Gefahr sinkender Haushaltseinkommen bannen. Voraussetzung muss allerdings sein, dass das Grundeinkommen hoch genug angesetzt ist und wichtige Care-Leistungen des Staates immer noch gewährleistet sind. Aber damit ist das Problem des Auseinanderdriftens der Arbeitsproduktivität und der damit verbundenen Veränderungen der Preisrelationen zwischen Care-Arbeit und Arbeit in zunehmend arbeitsproduktiven Wirtschaftszweigen nicht gelöst, ganz im Gegenteil. Damit verbunden ist die Gefahr einer zunehmenden ‘Aldisierung’ des Geldkreislaufes im Bereich der nicht staatlich subventionierten Sorge- und Versorgungswirtschaft. Das in der Schweiz vorgeschlagene Grundeinkommen für erwachsene Personen von 2.500 Franken liegt beispielsweise rund 30 Prozent unter dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen (Netto)Minimallohn. Dazu kommen 600 Franken pro Kind. Das Einkaufen bei Aldi ist bei einem im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten derart niedrigen Einkommen vorprogrammiert. Es ist nicht klar, wie zusätzlich zum Grundeinkommen auch noch die wachsenden Kosten des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens finanziert werden sollen.“

Weise mit dem Wohlfahrtsstaat in der Postwachstumsgesellschaft verknüpft sein (Welti 2015).

Uns ist klar, dass das hier skizzierte Programm nicht ohne Risiko ist. Eine menschenrechtsbasierte Grundeinkommenspolitik rechnet stets damit, dass die durch ein Grundeinkommen in der erwerbsfähigen Lebensphase – und nicht erst im allein dem Konsum gewidmeten „Ruhestand“ – frei werdenden Zeitressourcen auch erwerbswirtschaftlich genutzt werden können: vom Aufbau und der Absicherung einer kleinen Selbständigkeit über Nebentätigkeiten unterhalb eines geltenden Mindestlohnes, die von einem Bundesfreiwilligendienst, über Nebenämter in NGOs, dem Bereich der pflegenahen Aufwandspauschalen bis zu Werkverträgen ohne Zeitvorgaben reichen, bis hin zu Existenzmodi der „Work-income-Mixes“, einer variierenden Mischung aus Erwerbs- und sozialstaatlichen Transfereinkommen oder familiären Unterhaltsleistungen, die, wie Georg Vobruba schon vor einigen Jahren schön herausgearbeitet hat, in der Moderne im Grunde typisch und nur in einer kurzen Prosperitätsphase der 1970er und 1980er Jahre durch reine Existenzsicherung via Lohneinkommen scheinbar ersetzt wurden (Vobruba 1998).

Quer zu den Grenzen: Transversale Sozialpolitik

Die hier unvollständige Diskussion der Voraussetzungen und Folgen einer wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung unter Postwachstumsbedingungen liegt quer zu den herkömmlichen geistigen, konzeptionellen Auffassungen von Wirtschaft und Sozialpolitik. Wir haben daher vor einigen Jahren den Begriff des „Garantismus“ eingeführt, einer Partial-Synthese der drei klassischen Muster des Wohlfahrtsstaatsregimes – liberal, sozialdemokratisch/sozialistisch, konservativ – in Form einer menschenrechtlichen Fundierung von Sozialpolitik (Opielka 2008). Die Kontroverse zwischen „Green Growth“ und „Degrowth“ schärft die Notwendigkeit, hier auch begrifflich klarer zu werden. Wir stießen auf dieser Suche auf den Begriff der „transversalen Politik“, der von der israelisch-jüdischen Feministin Nira Yuval-Davis im Anschluss an einen linken feministischen Diskurs in Bologna formuliert wurde (Yuval-Davis 1999, 2011). Sie suchte nach einer Begrifflichkeit, die aus der unfruchtbaren Kontroverse zwischen einer universalistischen, auf Assimilation zu

Gleichheit orientierten Position und einer Position der Identitätspolitik, einer Beschwörung von Differenz herausführt. Vor vielen Jahren habe ich mit Ilona Ostner jene Frage als gleichstellungspolitische Kontroverse zwischen Assimilation und „Separation“ nachgezeichnet. Wir schlugen das vorläufig „Partizipation“ genannte Synthesekonzept vor: „Gleich- oder Ungleichbehandlung um der Teilhabe willen“ (Opielka/Ostner 1987a, S. 19).

Der Begriff von Yuval-Davis weist über den gleichstellungspolitischen, feministischen Horizont hinaus, auch wenn er in ihm entwickelt wurde, und betont die epistemische Aufgabe grenzüberschreitender Politikkonzeptionen:

„However, this multiplicity of forms and intensities of coalition politics should not make us all into post-modern ‚free floating signifiers‘ for whom ‚anything goes‘. Transversal politics stop where the proposed aims of the struggle are aimed at conserving or promoting unequal relations of power, and where essentialised notions of identity and difference naturalise forms of social, political and economic exclusion.“ (Yuval-Davis 1999, S. 97)

Sie macht auf das Normativ aufmerksam, das einer weiten Konzeption Sozialer Nachhaltigkeit unterliegt: Der Mensch ist kein Schädling der Welt, er macht sich die Welt auch nicht untertan, er versucht, mit seinesgleichen und mit der Natur der Welt auszukommen. Wir denken also eine Postwachstumsgesellschaft keineswegs ohne Wachstum, wir denken sie aber ohne den Zwang zu stofflichem Wachstum. Ein Wachstum von Qualitäten, von Geist, von Kultur, von Solidarität, wird gefördert. Vielleicht müsste man besser von einer „Neowachstumsgesellschaft“ sprechen, aber das sind Wortspiele. Inhaltlich stehen unser transversalen Überlegungen auch den beachtlichen Gedanken in der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus nahe (Papst Franziskus 2015). Diese plädiert, gut beraten von ökologischen Ökonomen wie Otmar Edenhofer, für eine „ganzheitliche Ökologie“, die den Menschen nicht, wie die biologismus- und daher rassismunaher „Tiefenökologie“ („Deep Ecology“), als Problem, als Schädling konzipiert, sondern als Lösung, wenn er sie will. Da die Menschheit nur kollektiv beziehungsweise in Kollektiven eine solch grundlegende Umsteuerung, diese ökologische „Große Transformation“ bewerkstelligen kann, genügt der Blick auf effiziente oder

suffizienzgeminderte Stoffströme nicht: Die Ganzheit der Gesellschaft muss in den Blick.

Eine transversale, garantistische Sozialpolitik wird weder alle Ressourcen- noch alle Klimaprobleme unserer Erde lösen. Aber sie wird einen wesentlichen Steuerungsbeitrag leisten: Referenzpunkt ihrer Interventionen ist stets das Subjekt der Menschenrechte, der einzelne Mensch, und nicht primär, wie im Kapitalismus faktisch der Fall, der Systemimperativ der Profitmaximierung. Jede politische Intervention, jede Regelung, jede Transaktion muss sich im Lichte des „What for?“ legitimieren lassen. Wie komplex das ist, zeigt abschließend die periodisch wiederkehrende Diskussion um die Besteuerung von Erbschaften (Welti 2016). Aus konsequent liberaler Sicht hat bereits John Stuart Mill eine Erbschaftsteuer von 100 Prozent für sinnvoll gehalten, eineinhalb Jahrhunderte später fordert der Verhaltensökonom Guy Kirsch dasselbe und überlegt auch, wie diese Forderung umzusetzen wäre.²³ Ein solcher Vorschlag passt in keine Gesellschaft, die sich vom feudalen Gedanken beherrschen lässt, dass Familienstrukturen die Gesellschaft beherrschen sollen. Eine transversale, garantistische Politik freut sich über transgenerationale Transfers, das Taschengeld von Oma für den Enkel, das schöne Buch oder das Auto für Tochter zum Abitur. Doch sie hält es nicht für hilfreich, wenn der Egoismus der Familie die Ungleichheit der Gesellschaft von Generation zu Generation erhöht und die Abgehängten im Angesicht des Luxus der reichen Erben ihre Lebensenergie darauf lenken, durch Geschick und selbst Betrug auch jenen goldenen Kuchen verspeisen zu können. Das Wachstum von Kreuzfahrten auf Schiffen, die Bunkeröl verbrennen, die Massenflüge von Schülern, Jugendlichen und selbst Geringverdienern dienen nur ab und an der kulturellen Erweiterung, dem geistigen Wachstum, der Steigerung menschheitlicher Produktivität. Sie sind in gerütteltem Maß Kompensationskonsum, auf die die Beteiligten verzichten könnten, wenn ihr Alltagsleben, ihr Arbeits- und Familienleben schöner wäre. Wissenschaft und Politik sollten sich darauf konzentrieren.

²³ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/guy-kirsch-oekonom-fordert-prozent-erbschaftsteuer-1.2835005>

Literaturhinweise

- Aburdene, Patricia/Naisbitt, John (1993): Megatrends: Frauen. Düsseldorf u.a.: ECON
- Baumol, William J. (2005): „Errors in economics and their consequences“, in: Social Research, Vol. 72, No. 1, S. 1-26
- Baumol, William J. (2012): The Cost Disease – Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't. New Haven/London: Yale University Press
- Bettencourt, Luís/Kaur, Jasleen (2011): „Evolution and structure of sustainability science“, in: PNAS, December 6, Vol. 108, No. 49, S. 19540-19545
- Bohleber, Werner (2014): „Auf der Suche nach Repräsentanz – Analytisches Arbeiten an der Schnittstelle von Ungedachtem und symbolisch Repräsentiertem“, in: Psyche, 9-10, 48. Jg., S. 777-786
- Braungart, Michael/McDonough, William (2014): Intelligente Verschwendung – The Upcycle: Auf dem Weg in eine neue Überflussgesellschaft. München: ökom
- Budowski, Monica/Knobloch, Ulrike/Nollert, Michael (Hrsg.) (2016): Unbezahlt und dennoch Arbeit. Zürich: Seismo
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998): Abschlussbericht der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“, BT-Drs 13/11200 v. 26.6.1998
- Ekardt, Felix (2011): Theorie der Nachhaltigkeit. Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel. Baden-Baden: Nomos
- Frey, Carl Benedikt/Osborne, Michael A. (2013): The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation? Working Paper. Oxford: Oxford University, Oxford Martin School
- Grieffhammer, Rainer/Brohmann, Bettina (2015): Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können. UFOPLAN-Vorhaben – FKZ 37121113. Freiburg/Darmstadt: Öko-Institut
- Grin, John/Rotmans, Jan/Schot, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development – New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. New York/London: Routledge
- Grunwald, Armin (2015): „Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb?“, in: GAIA, Heft 1, S. 17-20
- Grunwald, Armin/Kopfmüller, Jürgen (2012) Nachhaltigkeit – Eine Einführung, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Huber, Joseph (1995): Nachhaltige Entwicklung – Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin: edition sigma

- Hulme, Mike (2014): Streitfall Klimawandel – Warum es für die größte Herausforderung keine einfache Lösung gibt. München: oekom
- Jahn, Thomas (2013): „Transdisziplinarität – Forschungsmodus für nachhaltiges Forschen“, in: Hacker, Jörg (Hrsg.): Nachhaltigkeit in der Wissenschaft. Halle: Leopoldina, S. 65-75
- Jahrbuch Ökologische Ökonomik (2007): Soziale Nachhaltigkeit, Band 5, Marburg: Metropolis
- Kates, Robert W. et al. (2001): „Sustainability Science“, in: Science, Vol. 292 v. 27 April 2001, S. 641-642
- Kenessey, Zoltan (1987): „The primary, secondary, tertiary and quaternary sectors of the Economy“, in: The review of income and wealth, Vol. 33, No. 4, S. 359-385
- Klauer, Bernd u.a. (2013): Die Kunst, langfristig zu denken – Wege zur Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos
- Kreibich, Rolf (2008): Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis, Arbeitsbericht Nr. 29. Berlin: IZT
- Landtag NRW (Hrsg.) (2015): Bericht der Enquête-Kommission zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW, LT-Drs. 16/8500. Düsseldorf
- Lessenich, Stephan (2015): „Die Externalisierungsgesellschaft“, in: Soziologie, Jg. 44, Heft 1, S. 22-32
- Linstone, Harold A. (1983): „Book Review: John Naisbitt *Megatrends*“, in: Technological Forecasting and Social Change, Vol. 24, S. 91-94
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen – Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Opielka, Michael (Hrsg.) (1985): Die ökosoziale Frage – Entwürfe zum Sozialstaat. Frankfurt am Main: Fischer
- Opielka, Michael/Ostner, Ilona (1987a): „Umbau des Sozialstaats. Herausforderungen und Probleme alternativer sozialpolitischer Konzeptionen. Einführung“, in: dies. (Hrsg.) (1987): Umbau des Sozialstaats. Essen: Klartext, S. 7-22
- Opielka, Michael (1990): „Einige Grundfragen sozialökologischer Theorie und Politik. Reflexionstheoretische Überlegungen anlässlich des 65. Geburtstages von André Gorz“, in: Sociologia Internationalis, 1, Jg. 28, S. 57-85
- Opielka, Michael (2002): „Sozialpolitik für eine Wissensgesellschaft. Weitere Begründungen für soziale Bürgerrechte“, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 150-162

- Opielka, Michael (2006): *Gemeinschaft in Gesellschaft – Soziologie nach Hegel und Parsons*, 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Opielka, Michael (2008): *Sozialpolitik – Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, 2. Aufl. Rowohlt: Reinbek
- Opielka, Michael (2015): „Strukturprobleme der Finanzierung der sozialen Sicherheit aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Das Grundeinkommen als zentrale sozialpolitische Innovation“, in: Masuch, Peter/Spellbrink, Wolfgang/Becker, Ulrich/Leibfried, Stephan (Hrsg.): *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats – Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht*. Bd. 2. Berlin: Schmidt, S. 735-754
- Opielka, Michael (2016): „Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht“, in: *Soziologie*, Jg. 45, Heft 1, S. 33-46
- Opielka, Michael (2017): *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft*. München: oekom
- Osterhammel, Jürgen, 2009: *Die Verwandlung der Welt – Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: Beck
- Papst Franziskus (2015): *Laudato si'*. Enzyklika. Leipzig: Benno
- Pies, Ingo/Hielscher, Stefan (2010): *Wirtschaftliches Wachstum durch politische Konstitutionalisierung: Ein ordonomischer Beitrag zur „conceptual history“ der modernen Gesellschaft*. Diskussionspapier Nr. 2010-6. Halle: Martin-Luther-Universität, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck
- Plewig, Hans-Joachim/Kurenbach, Mascha (2014): *Konzept Arbeitsgebiet Soziale Nachhaltigkeit – Forschung und Lehre*, Ms. Lüneburg: Leuphana
- Popp, Reinhold/Zweck, Axel (Hrsg.) (2013): *Zukunftsforschung im Praxistext*. Wiesbaden: Springer VS
- Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie – Eine Weltgeschichte*. München: C.H. Beck
- Rössel, Jörg (2009): *Sozialstrukturanalyse – Eine kompakte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Romer, Paul M. (1994): „The Origins of Endogenous Growth“, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 8, No. 1, S. 3-22
- Schaltegger, Stefan/Burritt, Roger/Petersen, Holger (2003): *An Introduction to Corporate Environmental Management – Striving for Sustainability*. Sheffield: Greenleaf
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2013): *Transformative Wissenschaft – Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis

- Scoones, Ian/Leach, Melissa/Newell, Peter (Hrsg.) (2015): *The Politics of Green Transformations*. London/New York: Routledge
- Schäfers, Bernhard (2002): *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland*. 7. Auflage, Stuttgart: Lucius und Lucius
- Seefried, Elke (2015): *Zukünfte – Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*. Berlin/Boston: De Gruyter
- Senghaas-Knobloch, Eva (2009): „Soziale Nachhaltigkeit“ – Konzeptionelle Perspektiven“, in: Popp, Reinhold/Schüll, Elmar (Hrsg.): *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung – Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 569-578
- Slaughter, Richard A. (1993): „Looking for the real ‚Megatrends‘“, in: *Futures*, Vol. 25, No. 8, S. 827-849
- Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): *Transformationsdesign – Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. München: ökom
- Strohschneider, Peter (2014): „Zur Politik der Transformativen Wissenschaft“, in: Brodocz, André (Hrsg.): *Die Verfassung des Politischen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 175-192
- Tetlock, Philip E./Gardner, Dan (2016): *Superforecasting – Die Kunst der richtigen Prognose*. Frankfurt am Main: Fischer
- United Nations Economic and Social Council (Hrsg.) (2014): *Emerging issues: the social drivers of sustainable development*. Commission for Social Development, E/CN.5/2014/8 (<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N13/591/66/PDF/N1359166.pdf?OpenElement>)
- Vobruba, Georg (1998): „Income mixes: Work and income beyond full employment“, in: *Crime, Law and Social Change*, Vol. 29, No. 1, S. 67-78
- Volkmann, Ute (2015): „Soziologische Zeitdiagnostik. Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung“, in: *Soziologie*, 44. Jg., Heft 2, S. 139-152
- Welti, Felix (2015): „Soziale Menschenrechte in Wissenschaft und Praxis“, in: Banafsche, Minou/Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): *Soziale Menschenrechte und Arbeit – Multidisziplinäre Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, S. 17-31
- Welti, Felix (2016): „Sozialstaatsgebot und Erbschaftsbesteuerung“, in: *Kritische Justiz*, Jg. 49, Heft 1, S. 113-128
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.) (2011): *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Hauptgutachten. Berlin: WBGU
- Wissenschaftsrat (Hrsg.) (2015): *Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über große gesellschaftliche Herausforderungen*. Positionspapier, o.O.
- Yuval-Davis, Nira (1999): „What is ‚transversal politics‘?“, in: *Soundings*, Issue 12, Summer, S. 94-98

- Yuval-Davis, Nira (2011): Power, Intersectionality and the Politics of Belonging. FREIA Working Paper Series No. 75. Aalborg: Aalborg University
- Zweck, Axel u.a. (2015): Gesellschaftliche Veränderungen 2030. Ergebnisband 1 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II. Düsseldorf: VDI

